

p.B.15.11.R.(14). - JR/di

Bern, den 3. August 1961

Notiz für den DepartementschefOstkontakte (Affäre Oistrach)

Mit Schreiben vom 24. Juli hat die Eidg. Fremdenpolizei der Abteilung für Politische Angelegenheiten, der Handelsabteilung und der Bundesanwaltschaft von einer Anfrage der Fremdenpolizei des Kts. Zürich Kenntnis gegeben, "welche Stellungnahme der Bund zur Frage der kulturellen und sportlichen Beziehungen einerseits und zum Handelsverkehr mit den Oststaaten andererseits einnimmt". Herr Dr. Haefelin bittet im Auftrag seines Chefs, Regierungsrat und Polizeidirektor Dr. Zumbühl, um Bericht bis zum 15. August im Hinblick auf die Fortsetzung der Oistrach-Debatte im Zürcher Kantonsrat Ende August.

Der Unterzeichnete hat die aufgeworfene Frage im Einvernehmen mit Herrn Minister Kohli konferenziell mit Herrn Vizedirektor Tzaut (Frepo), Herrn Dr. Amstein (Bundespolizei), Herrn Dr. Roches (Handelsabteilung) sowie den Herren Campiche, Fischli, Hess und Gagnebin besprochen. Generell waren sich alle Beteiligten einig, dass die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von Staates wegen nicht verhindert werden sollte und auf alle Fälle polizeiliche Massnahmen kein adäquates Mittel sind (ausser bei staatsgefährlichen oder propagandistischen Umtrieben). Das Pro und Kontra der wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Kontakte mit dem Ostblock verdient aber auch auf Bundesebene in nächster Zeit vertieft zu werden, wobei wir uns einig waren, dass angesichts der Vielfalt kommunistischer Taktiken einheitliche und feste Richtlinien nicht aufgestellt werden können; es müsste sich vielmehr darum handeln, von Fall zu Fall zu entscheiden.



- 2 -

Was die konkrete Anfrage in Sachen Oistrach betrifft, waren alle Diskussionsteilnehmer der Meinung, es wäre verfehlt, innert so kurzer Frist und zu Handen einer in ihrem Ablauf nicht voraussehbaren Kantonsratsdebatte eine verbindliche eidgenössische Stellungnahme (soweit eine solche überhaupt möglich wäre) schriftlich abzugeben. Das Risiko von Fehlinterpretationen wäre an einer zweifellos hochpolitischen Aussprache mit starren Fronten zu gross. Richtiger wäre es, Herrn Dr. Haeßlin, bzw. Herrn Regierungsrat Zumbühl, zu einer Aussprache nach Bern einzuladen. Da die Anfrage an die Eidg. Fremdenpolizei erfolgte, sollte auch Herr Direktor Mäder die Initiative ergreifen, wobei sich Vertreter des EPD, der Handelsabteilung und der Bundesanwaltschaft zur Verfügung halten würden.

Kopie dieser Notiz geht an die Abteilung für Internationale Organisationen